

20.02.2014 – PM 8/2014

Tarifrunde im Bauhauptgewerbe

IG BAU fordert ein Plus von 7 Prozent für Bauarbeiter

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert für die rund 760 000 Bauarbeiter, Angestellten und Auszubildenden am Bau ein deutliches Plus. Die Bundestarifkommission der IG BAU hat für die Tarifrunde 2014 im Bauhauptgewerbe ein Paket mit einem Gesamtvolumen von 7 Prozent beschlossen. Neben der spürbaren Anhebung der Löhne, Gehälter und Auszubildendenvergütung soll sich die Lage der Beschäftigten auch in anderen Bereichen wieder normalisieren. So bilden die Erhöhung der Fahrtkostenerstattung zur Baustelle und der Verbesserungen bei auswärtiger Beschäftigung ebenso einen Teil des Forderungsvolumens wie die Einführung der Rentenbeihilfe im Osten.

„Bauberufe müssen attraktiver werden. Dazu gehört selbstverständlich, dass die Löhne am Bau mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten. Die Leistung der Facharbeiter ist für alle unverzichtbar, und sie legen mit ihrem Können die Basis für Deutschlands wirtschaftliche Stärke. Ihre Arbeit ist wieder gefragt: Die Bauwirtschaft wächst dieses Jahr kräftig um voraussichtlich 3,5 Prozent. Die Unternehmen sind ohne Anstrengung in der Lage, ihren Mitarbeitern mehr Geld zu zahlen. Das ist auch in ihrem eigenen Interesse - sie sichern damit das Image der Branche und damit ihrer eigenen Zukunft“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Nur wenn der Rahmen stimmt, kann die Branche im Wettbewerb um den Nachwuchs mithalten. Deshalb brauchen wir neben einem Plus bei den Löhnen und der Auszubildendenvergütung flankierende Verbesserungen. Wer wegen seines Berufes lange Fahrtwege in Kauf nimmt und häufig auswärts übernachtet, muss wenigstens die damit verbundenen Kosten voll ersetzt bekommen. Es ist eine Zumutung, zu erwarten, dass die Beschäftigten noch Geld auf die Baustelle mitbringen.“

Die Pauschalen für Fahrtkosten und Übernachtungen sind inzwischen zwölf Jahre alt. Arbeiter, die wegen der Entfernung von ihrem Zuhause in der Nähe der Baustelle übernachten müssen, erhalten maximal 34,50 Euro pro Tag. „Davon findet heute niemand mehr eine Unterkunft. Zusätzliche Verpflegungskosten lassen sich davon erst recht nicht bezahlen“, sagte Schäfers.

Ebenso schlecht steht es um die Kilometerpauschale für die Fahrt zur Baustelle mit 30 Cent pro Entfernungskilometer. Seit der letzten Anpassung zogen allein die Spritkosten um rund ein Drittel an. Reparaturen, Versicherung und Steuer verteuerten sich ebenso. „Bei diesen Preissteigerungen liegt es doch auf der Hand, dass die Beschäftigten Fahrtkosten inzwischen teilweise selbst tragen. Im Ergebnis heißt das: Jeder Kilometer mehr zur Baustelle, verringert den Stundenlohn. Wir fordern hierfür einen fairen Ausgleich“, sagte Schäfers.

Darüber hinaus wird die Ost-West-Angleichung Thema der Tarifrunde. Vereinbart wurde bereits im vergangenen Jahr, dass es 2022 keine Lohnunterschiede mehr gibt. Verhandelt wird nun, wie hoch der Angleichungsschritt in diesem Jahr ausfällt. Zudem fordert die IG BAU im Osten die Einführung der Rentenbeihilfe, die sich im Westen seit fast 50 Jahren bewährt. Sie gleicht Eigenheiten der Baubranche aus, die geprägt ist, durch häufigen Arbeitsplatzwechsel und saisonaler Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten. Dies verringert die gesetzliche Rentenhöhe. „Die branchentypischen Nachteile bestehen im Osten ebenso wie im Westen. Deshalb fordern wir auch im Osten eine Rentenbeihilfe der Bauwirtschaft. Es gibt nach 24 Jahren deutscher Einheit keinen Grund mehr, die Arbeitnehmer im Osten weiterhin schlechter zu stellen“, sagte Schäfers.

(3529 Zeichen)